



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/271 - 24. 11. 1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Zum Konflikt zwischen Kanzler und FDP	S. 1
Die Abwehrfront am Mittleren Orient	S. 3
Stellenpläne in öffentlichen Haushalten	S. 5
Überholte Zonengrenz-Kontrolle - Ein Vorschlag von MdB Ritzel -	S. 6

Ohne Deutschlandkonzept

FR. Ganz offen wird in Kreise der Regierungsparteien selbst jetzt wieder von einer Koalitionskrise gesprochen, genauer gesagt, einer Krise zwischen dem Kanzler und seiner Partei auf der einen, der FDP auf der anderen Seite. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Dr. Krone, hat eine Darstellung der Auffassungen gegeben, die vermutlich der Bundeskanzler in seinem Schreiben an die FDP-Fraktion vertreten hat. Noch am gleichen Tage äusserte sich auch die FDP in einer Weise, die ihren Willen erkennen liess, es nicht zum Äussersten zu treiben, ohne dass sie dabei freilich die Forderungen ihres Parteivorsitzenden aufgab, Verhandlungen mit Moskau über die Frage der staatlichen Einheit Deutschlands zu führen.

Das was für den Bundeskanzler und die CDU/CSU Dr. Krone ausgeführt hat, dürfte eine Umschreibung des Kanzlerbriefes an die FDP sein: Keine zweiseitigen Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Wiedervereinigung - also auch keine Erkundigungen, Anregungen oder Vorschläge; keine Überlegungen über eine "Variation", also Abänderung der Pariser Verträge; dafür Berufung auf die Viermächte-Verpflichtung, sich für eine Politik der Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen. Es ist bezeichnend, dass in dem ganzen Artikel Dr. Krones kein einziger praktischer Vorschlag enthalten ist, wie er oder seine Fraktion sich die Überwindung des gegenwärtigen toten Punktes in der Deutschlandfrage denken. Deshalb steht auch der Satz in seiner Darlegung, die

gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik sei sich "darüber einig, dass jede denkbare Verbindung mit unseren Brüdern und Schwestern in der Sowjetzone gesucht werden müsse, und dass wir alle unsere Kräfte an diese Aufgabe setzen" müssten, als ein schönes und sicher aufrichtiges, aber praktisch bedeutungsloses Bekenntnis in keiner Beziehung zu den harten politischen Tatsachen, vor die wir gestellt sind, und mit denen wir uns auseinandersetzen haben.

Wir hätten es leicht, wenn unsere Schwierigkeiten sich mit Versicherungen wie der lösen liessen "Das deutsche Volk gehört zur freien Welt und wird ihr immer angehören" oder mit der anderen "Das deutsche Volk lässt sich nicht vom Westen lösen." Die Bevölkerung in der Sowjetzone - und sie gehört ja wohl auch zum deutschen Volk - ist praktisch vom Westen gelöst, und es kommt darauf an, Wege zu finden oder sich zumindest den Kopf darüber zu zerbrechen, diesem Zustand ein Ende zu machen. Dafür gibt Dr. Krone nicht den geringsten Hinweis.

Auch die FDP spürt jetzt immer deutlicher, und darauf geht im Grunde der gegenwärtige Konflikt zwischen ihr und der Kanzlerpartei zurück, dass es eben keine praktische Wiedervereinigungspolitik ist, wenn man sich damit begnügt, zu fordern: Die Pariser Verträge und nichts als sie! Keine Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands, nicht einmal technische, weil sie der "Aufweichung" des Westens dienen! Westdeutsche Aufrüstung so schnell wie möglich und Rückkehr zum Prinzip der kleineuropäischen Integration!

Angesichts der Haltung der Sowjets ist diese Politik unter dem Gesichtswinkel der Wiedervereinigung absolut steril. Sie fördert die staatliche Einigung der Deutschen nicht, sondern sie hemmt sie, wenn sie sie nicht unmöglich macht, sie bedeutet in der politischen Konsequenz Verzicht auf die Zone. Darüber müssen sich die Befürworter dieser Politik im klaren sein, wenn sie auch nicht den Mut haben sollten, dies zu sagen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Wehner hat in Hamburg vor den Delegierten der dortigen SPD-Landesorganisation in einem Bericht über seine Eindrücke während der Genfer Konferenz auch mitgeteilt, Dulles habe während der Konferenz einmal gesagt, durch den Vorschlag von Inspektionszonen sei die von der SPD geforderte Debatte über einen für alle Teile tragbaren militärischen Status ganz Deutschlands zwar eingeleitet, aber mit Rücksicht auf die Bundesregierung und ihre Souveränität nicht weiterverfolgt worden. Das liegt auf der gleichen Linie von zuverlässigen Informationen aus Washington, in denen das diskrete Erstaunen hoher amtlicher Stellen darüber zum Ausdruck kommt, dass Bonn keinerlei Initiative entwickle, eine Revision der Pariser Verträge auch nur zur Sprache zu bringen. Dabei hat man auf amerikanischer Seite mehrfach wissen lassen, dass die NATO durchaus nicht unbedingt und in allen ihren Bestimmungen unantastbar sei. Aber auch in dieser Richtung hat es an einem die Dinge vorwärtstreibenden deutschen Interesse gefehlt.

Solche Dinge bleiben, auch wenn sie sorgsam als Geheimnis gehütet werden, auf die Dauer nicht verborgen. Was sich jetzt wieder einmal im Lager der Regierungsparteien abspielt, ist eine seit langer fällige Auseinandersetzung. Sie ist ein Zeichen für das wachsende Unbehagen auch solcher Kreise über die Aussenpolitik der Bundesregierung gerade nach Genf, denen es bei ihrer bisherigen Grundhaltung zu eben dieser Politik sicher nicht leichtfallen mag, daraus Konsequenzen zu ziehen.

Die neuen Züge auf dem Mittelost-Schachbrett

Nach der Bagdad-Konferenz

E.A., London

Die Ergebnisse der Bagdad-Konferenz, die von Montag bis Mittwoch dieser Woche in der Hauptstadt des Irak tagte, kann man in wenigen Sätzen zusammenfassen. Man hat einen ständigen Ministerrat der fünf Bagdadpaktmächte geschaffen. Er wird periodisch in den Hauptstädten der Teilnehmerstaaten tagen. Das ständige Hauptquartier der Paktorganisation wird Bagdad sein. Ihr angegliedert ist eine militärische und eine ökonomische Kommission.

Die militärische Kommission wird nach den Richtlinien, die von den Stabschefs und Oberkommandierenden während der Konferenz ausgearbeitet wurden, Pläne der gemeinsamen Strategie im Falle eines Angriffes aus dem Norden ausarbeiten. Konkret wurde beschlossen, den Irak und Persien beim Aufbau ihrer Streitkräfte durch Lieferung modernsten Kriegsmaterials aus Großbritannien und den USA zu unterstützen. (Die Türkei und Pakistan sind bereits mit dem modernsten amerikanischen Waffen beliefert, die Türkei als Mitglied der NATO, Pakistan als Mitglied der SEATO).

Lieferung atomarer Kraftstationen

Großbritannien hat ferner den Mitgliedstaaten weitgehende ökonomische Hilfe angeboten. Das Glanzstück dabei soll die Belieferung des Mittelostens mit atomaren Kraftstationen sein. Nur dürfte das noch eine gute Weile dauern. Wie weit sich die Vereinigten Staaten, die auf der Konferenz nur durch Beobachter vertreten waren, zu wirtschaftlicher Hilfe verpflichten wollen, kann nicht vorausgesehen werden. Die Eisenhower-Administration ist dazu geneigt. Wie weit sie aber gehen kann, hängt davon ab, ob sie sich in der Vorperiode zu den Präsidentenwahlen stark genug fühlt, neue weitreichende Verpflichtungen zu übernehmen.

Um beurteilen zu können, wie weit die Beschlüsse von Bagdad zur Stabilität im Mittleren Osten und dem Ziel, der sowjetischen Infiltration in die Araberwelt einen Riegel vorzuschieben, beitragen wird, ist es angebracht, sich einen Überblick auf das Schachbrett des Mittelostens zu verschaffen.

Der Bagdadpakt ist die logische Fortsetzung des zwischen der Türkei und Irak 1946 abgeschlossenen beiderseitigen Beistandsvertrages. Nachdem sich Pakistan angeschlossen hatte, trat Großbritannien bei und Persien folgte. Es ist aber noch nicht gelungen, weitere Araberstaaten hinzuzuziehen. Die britische Diplomatie hat seit langem versucht, den Jordan und den Libanon zum Beitritt zu bewegen, und sie damit Ägypten, dem Führer der Araberliga, zu entfremden. König Hussein von Jordan wäre unter gewissen Bedingungen zum Beitritt bereit. In London hofft man, durch die jetzt in Bagdad besprochenen wirtschaftlichen Entwick-

lungspläne soweit Vorarbeit geleistet zu haben, dass sich der Jordan und eventuell auch der Libanon an den ins Auge gefassten Projekten mitbeteiligen wollen.

Man hat es aber in Bagdad vermieden, sich eingehend mit dem Konflikt zwischen Israel und der Araberwelt zu befassen. Die Erklärungen des irakischen und pakistanischen Premierministers, dass sie im Falle eines Angriffs Israels auf ein Araberland nicht untätig zusehen könnten, sollten dazu beitragen, die Widerstände, ja die offene Feindschaft gegen den Bagdadpakt, die man in Kairo, in Saudi-arabien und auch in Syrien hegt, zu besänftigen und waren an sich nichts Neues.

Begrabener englisch-amerikanischer Gegensatz

Für London war das aktive Interesse der Vereinigten Staaten, die ihren Botschafter in Bagdad als politischen, und den amerikanischen Oberbefehlshaber im Mittelmeer, Admiral Cassidy, als militärischen Beobachter zur Konferenz entsandt hatten, von höchster Bedeutung. London und Washington sind in den Fragen der Mittelost-Verteidigung oft auseinanderstrebende Wege gegangen. Nach dem Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz und dem sowjetischen Vordringen durch die Waffenlieferungen an Ägypten hat man sich zu stärkerem gemeinsamen Vorgehen entschlossen.

Die britische Politik im Nahen Orient stützt sich seit langem auf folgende Grundsätze: Großbritannien braucht feste Stützpunkte im Mittel-Osten, der als Transitgebiet und wegen seiner Verbindungslinien für die Strategie des Empire von vitaler Bedeutung ist. Es war von jeher ein unveränderlicher Grundsatz der britischen Strategie, Rußland, ob zaristisch oder kommunistisch, den Zugang zum Mittelmeer und zum indischen Ozean zu versperren. Die Kontrolle der Ölfelder im Mittel-Osten ist von lebenswichtigen Interesse für Wirtschaft und Handel Großbritanniens. In der neuesten Entwicklung war hinzugekommen, dass die Strategie des Westens im Kalten Krieg die an die Sowjetunion grenzenden Gebiete mit Luftstützpunkten besäte. Und es war der Kalte Krieg, der die Vereinigten Staaten bewog, sich stärker um die Araberwelt zu bemühen. Die britische Strategie im Mittel-Osten wurde in die Politik des "containment" eingegliedert, darüber hinaus errichtete die USA in Saudi-Arabien Flugstützpunkte für seine Atombombengeschwader. Die Reaktion der Sowjets ist nicht ausgeblieben.

Was wir jetzt im Mittel-Osten erleben, gleicht einem grandiosen Schachspiel auf einem riesigen Feld. Während Mister Macmillan als Spieler der britisch-moslemitischen Bagdadallianz seine Türme im nördlichen Vorfeld der riesigen Ölvorkommen zusammengezogen hat, liess Herr Molotow seine Springer nach Kairo und Damaskus vorrücken. Es sind nur die Eröffnungszüge der großen Partie, deren Ende, wenn es gut geht, eine Mittelostkonferenz der Großen Vier sein soll.

Verschleierte Ausbeutung

fg - In diesen Wochen werden bei fast allen öffentlichen Institutionen die Haushaltsplanentwürfe für das kommende Rechnungsjahr beraten, deren wichtigster Teil mit die Stellenpläne sind. Für die vielzitierte, aber nie in Angriff genommene Verwaltungsreform sind sie der Ansatzpunkt, der in der Öffentlichkeit oftmals mit mehr oder weniger Sachkenntnis unter die Lupe genommen wird - je nach Temperament und Einstellung wird über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Zahl der Behördenbediensteten sehr verschieden diskutiert.

Dabei tritt die Frage der Besoldung und Einstufung fast immer völlig in den Hintergrund. Eine Reihe von Erhebungen, aber noch mehr verschiedene Prozesse vor den Arbeitsgerichten, machten die Prägwürdigkeit verschiedener Stellenpläne, auch die von Bundesanstalten, recht deutlich. Dabei zeigte sich nämlich, dass der sogenannte Dienstherr von seinen Angestellten vielfach höhere Arbeit für niedrigere Besoldung verlangt. So passiert es nicht selten, dass zwei Angestellte trotz gleicher Voraussetzungen und gleicher Aufgaben Gehälter mit Unterschieden bis zu 40,- DM bekommen, weil nicht die genügende Zahl von Planstellen vorhanden ist, um die geforderte gleiche Arbeit auch nach den gleichen Sätzen bezahlen zu können. Hier sind also vor dem Gesetz - der Stellenplan ist als Teil des Haushaltsplanes ja meistens Gesetz - nicht alle Menschen gleich. Die Unzuträglichkeiten, Zwistigkeiten und die Unzufriedenheit, die sich dadurch in einer Verwaltung ausbreiten, liegen klar auf der Hand.

Der Weg zu den Gerichten, um über die Leistungsklage Abhilfe zu schaffen, hat sich leider als wenig ertragreich erwiesen. Die Behörden wurden zwar bisher meist verurteilt, den Differenzbetrag nachzuzahlen der der entsprechenden Leistungsgruppe entsprach. Dem folgte aber ebenso prompt eine Rückversetzung der Kläger an einen Arbeitsplatz, der seiner niedrigeren Gehaltsgruppe entsprach, womit natürlich seine Aufstiegschancen schwanden. Schließlich hatte er sich gegen die

Obrigkeit gestellt - und das soll man ja bekanntlich nach der bei den Behörden vorherrschenden Meinung nicht tun. Selbst in der auf der Basis der Selbstverwaltung arbeitenden Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ereignen sich solche Dinge, wie die Erfahrung lehrt.

Diese Zustände werden natürlich so lange andauern, als man bei den Etatberatungen nicht einmal genauer untersucht, ob die vorgeschlagenen Planstellen auch den Leistungsanforderungen entsprechen, die man den Angestellten an seinem Arbeitsplatz stellt. Das müsste durch die über den Haushaltsplan beschliessenden Gremien geschehen, da sich die Verwaltungschefs wegen der Verwaltungsreformneurose vielfach scheuen, in diesem Punkt die Karten auf den Tisch zu legen. Die Geprellten sind dabei bisher immer die Angestellten der niederen Besoldungsgruppen gewesen. Was sich in dieser Beziehung der öffentliche Dienst heute noch vielfach leistet, würde man in der privaten Wirtschaft ziemlich ungerne Ausbeutung nennen.

* * *
Macht einen Anfang!

Von H.G. Ritzel, MdB.

An einer Wand am Ausgang der Baracke der sowjetzonalen Grenzstelle Marienborn steht der vernünftige Satz, dass es nichts gibt, was nicht im Wege der Verhandlung und Verständigung bereinigt werden kann.

Wenn man diesen Satz liest, während man in der Schlange derjenigen, die zur Passkontrolle dort antreten müssen, steht, macht man sich über Theorie und Praxis seine eigenen Gedanken.

Heute sieht es so aus, als ob auch die kleinsten Erleichterungen im Interzonenverkehr zum Gegenstand hoher Politik gemacht und als ob hochpolitische Entscheidungen zur Voraussetzung einer kleinen Vernunftregung erklärt würden. Der einfache Mensch kann sich jedoch denken, dass eine an sich selbstverständliche Massnahme unter Verzicht auf damit gar nicht im Zusammenhang stehende staatspolitische Aktionen möglich sein sollte.

Am 25. November 1955 sind es zwei Jahre, dass die Interzonenpässe abgeschafft wurden. Zum Passieren der sowjetisch besetzten Zone

genügen seitdem die grauen Personalausweise der Bundesrepublik Deutschland und seit einiger Zeit genügt auch der normale Reisepass. Allerdings ist hier die Einschränkung, dass diese Möglichkeiten nur für Reisende gelten, die durch die sowjetisch besetzte Zone nach Westberlin reisen wollen.

Wer Gelegenheit hat, Vergleiche über die verschiedensten Grenzübergänge anzustellen, der kommt zu dem Ergebnis, dass weder beim Grenzübergang eines Deutschen nach Italien, nach der Schweiz, nach Frankreich, nach Belgien, Luxemburg, Holland oder nach den skandinavischen Staaten eine solche Kontrolle geübt wird, wie sie auf deutschem Boden gegenüber Deutschen geübt wird, die die Sowjetzone passieren und sei es auch nur auf dem Wege über die Autobahn, um etwa zu einer Sitzung des Deutschen Bundestages nach Westberlin zu gelangen.

Der Auswärtige Ausschuss des Bundestages hat vor kurzem auf sozialdemokratischen Antrag hin beschlossen, sogar die Passpflicht bei Grenzübergängen aus westlichen Staaten aufzuheben. Die Bewohner der deutschen Sowjetzone werden beim Betreten des Bodens der Bundesrepublik als Deutsche behandelt, aber die Bewohner der Bundesrepublik werden beim Betreten des Bodens der sowjetisch besetzten Zone viel schärfer kontrolliert, als sie als Deutsche kontrolliert werden, wenn sie irgendwo ins westliche Ausland reisen.

Das System der Personal- und Gepäckkontrolle, die neuerdings noch verschärft wird durch eine Briefkontrolle, indem die Volkspolizei Briefe, die die Reisenden bei sich tragen, öffnen, auf deutschem Boden ist, das fühlt jeder, ein absoluter Widersinn, eine der absurdesten Tatsachen der Nachkriegszeit. Nachdem dieses System aber besteht, ist nicht einzusehen, warum es angesichts der Erklärungen aufrechterhalten wird, die von ostzonaler Seite immer wieder abgegeben werden und die dahingehen, dass es eine Angelegenheit des deutschen Volkes sei, sich wieder zu vereinen.

Man mache doch endlich einmal den Anfang mit Selbstverständlichkeiten, beseitige diese kleinen Schikanen und handle nach dem Satz in der Baracke der Grenzkontrollstelle Marienberg, dass alles durch Verhandlung und Verständigung geregelt werden kann, vorausgesetzt, dass man wirklich will. Ob das zutrifft, liesse sich an der Regelung dieser Frage besonders leicht nachprüfen.